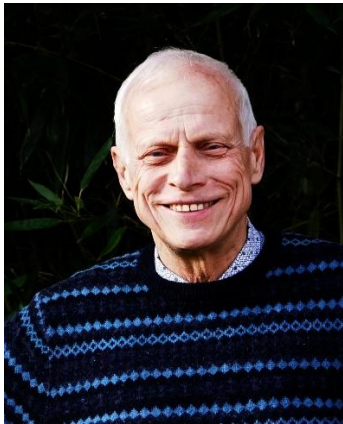


Zum Klimaschutzprogramm der Bundesregierung



Axel Friedrich ist promovierter Chemiker und Verkehrs- und Umweltexperte. Er war bis 2008 Abteilungsleiter für Verkehr und Lärm im Umweltbundesamt. Bild: privat © privat

Das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung ist unzureichend.

Es geht darum: Die Umstellung auf Elektroautos und Wärmepumpen muss so schnell wie möglich umgesetzt werden. Da braucht es einen Turbo. Der Klimawandel beschleunigt sich immer mehr, aber man hat den Eindruck, das interessiert die breite Öffentlichkeit und damit auch die Politik nicht mehr. Man redet von Wasserstoff oder E-Fuels, die erheblich ineffizienter und teurer sind, mal abgesehen davon, dass sie in der nächsten Zukunft nicht verfügbar sein werden. Ein Beispiel: Wenn ein Einfamilienhaus heute einen Jahresverbrauch von 12.000 Kilowattstunden Erdgas hat, läge der Stromverbrauch mit einer effizienten Wärmepumpe unter 3.000. Mit Wasserstoff als Energieträger wären es hingegen mehr als 12.000 Kilowattstunden; die erheblich höheren Energieverluste bei Herstellung, Speicherung und Transport kämen noch dazu. Von den Kosten ganz zu schweigen.

Bei allen Schritten muss man die Kostenbilanz beachten. Es macht nicht viel Sinn, ein altes Haus sehr stark zu dämmen. Aus meiner Sicht reicht es, das Gebäude auf einen Energiebedarf von 100 bis 120 Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr herunterzubringen. Das ist in der Regel mit kostengünstigen Vorkehrungen wie einer Dämmung der obersten Geschoss- und der Kellerdecke möglich, und dann sollte man eine effiziente Wärmepumpe verwenden. Das spart Kosten und belastet auch das

Die Energierichtlinie der Europäischen Union verlangt von den Mitgliedsstaaten, und damit auch von Deutschland, den Primärenergieverbrauch bis 2030 um 26,5 Prozent zu verringern, bezogen auf das Jahr 2008. Bis 2024 hat die Reduktion nur 13 Prozent

betragen. Bleibt es bei dieser Reduktionsrate, werden wir 2030 nur bei 18 bis 20 Prozent landen. Mit anderen Worten: Es bedarf dringend zusätzlicher Schritte, um das Ziel für das Jahr einzuhalten.

Bei Förderprogrammen etwa im Gebäudebereich muss die Förderhöhe von der **Energieeffizienz** abhängig gemacht werden. Bisher erhält man zum Beispiel bei Wärmepumpen die gleiche Förderung für ein ineffizientes wie für eine hocheffizientes Gerät, obwohl der Wirkungsgrad bei der hocheffizienten Anlagen zirka 80 Prozent höher ist. Dass muss geändert werden. Denn effiziente Geräte führen dazu, dass dann entsprechend weniger Heizkosten anfallen und zudem das Stromnetz weniger belastet wird.

Bei den Elektroautos ist es genauso. Man bekommt man die gleiche Förderung, egal, ob der Wagen zwölf oder 24 Kilowattstunden pro 100 Kilometer braucht. Es ist für mich völlig unverständlich, dass es keine Verbrauchsobergrenze für Elektroautos gibt, aber eine für Staubsauger und Kühlschränke.

In der Industrie gibt es schon Vorgaben für die Energieeffizienz, hier passiert relativ viel. Großen Nachholbedarf gibt es noch beim Thema Wärme-Rückgewinnung, etwa bei in der Chemie- und der Autoindustrie. Hier sind noch sehr große Potentiale vorhanden. Hier muss die Politik entsprechende Vorgaben machen.

Der Klimawandel spitzt sich zu, die globalen Temperaturen steigen noch schneller als erwartet. Dass selbst eine kleine Einschränkung wie ein allgemeines Tempolimit auf Autobahnen und Landstraßen nicht eingeführt wird, zeigt, dass die Dramatik in der Politik nicht angekommen ist

Es werden ja nicht einmal die einfach umzusetzenden technischen Möglichkeiten zur Reduktion der Treibhausgas-Emissionen genutzt – etwa bei Methan. Methan ist pro Gramm mehr als 82 Mal klimaschädlicher als CO₂ und für mehr als ein Drittel der globalen Temperaturerhöhung verantwortlich. Die Methan-Minderung, etwa bei Biogas- und Kläranlagen sowie in der Öl- und Gasindustrie, ist sehr kostengünstig, oft werden dabei sogar Kosten eingespart. Doch dazu steht im neuen Klimaschutzprogramm kein einziges Wort – und das, obwohl Deutschland sich gemeinsam mit vielen anderen Ländern auf dem UN-Klimagipfel 2021 in Glasgow verpflichtet hat, die

Methanemissionen bis 2030 um mehr als 30 Prozent zu verringern. Bisher liegt nicht einmal ein Minderungsplan vor, von einer Umsetzung von Verbesserungen ganz zu schweigen. Wenn nicht einmal das ins Klimaschutzprogramm aufgenommen wurde, braucht es dringend eine Überarbeitung des ganzen Projekts.

Und vor allem darf Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) nicht laufend gegenteilige Signale senden – wie zuletzt, als sie dafür plädierte, die Klimaneutralität der EU zu verschieben. Es braucht die klare Botschaft an die Menschen und die Wirtschaft: Gas und Öl sind keine Zukunftsenergien, auch nicht als Brückentechnologien. Denn diese Brücken tragen nicht.

Stand:03.2026